

18. JUNI 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/112

Bonn, den 18. Juni 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	Ein Freundesbesuch In Erwartung Kennedys Von Fritz Erler, MdB	101
3 - 4	Konsequenzen, die noch zu ziehen sind Nach dem 10. Jahrestag des Juniaufstandes Von Stephan Thomas, Leiter des Ostbüros der SED	68
4a	Wettlauf im Weltall Nun auch eine Frau dabei	30
5 - 6	Das Treffen der Ostpreußen Kein Revanchismus - aber unauslöschliche Liebe zu Heimat und Frieden Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	93

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Ein Freundesbesuch

In Erwartung Kennedys
Von Fritz Erler, MdB

Zum erstenmal besucht John F. Kennedy als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika unser Land und seine Hauptstadt Berlin. Er wird in vielen Besprechungen Gelegenheit haben, sich noch gründlicher als bisher mit unseren Sorgen und Nöten vertraut zu machen. Wir Deutsche wissen, welche Bedeutung der Freundschaft mit dem amerikanischen Volk und der guten Zusammenarbeit mit seiner Regierung zur Bewahrung unserer Freiheit und zur Lösung unserer Probleme zukommt.

In einer großen Rede bei der Promotionsfeier der American University in Washington hat der Präsident am 10. Juni der künftigen Gestaltung der Ost-West-Beziehungen neue Impulse gegeben. In dieser Rede heißt es unter anderem:

"Lassen Sie uns zunächst unsere Haltung gegenüber dem Frieden selbst überprüfen. Zu viele von uns halten ihn für unmöglich. Zu viele von uns halten ihn für nicht zu verwirklichen. Aber das ist ein gefährlicher, defätistischer Glaube. Er führt zu der Schlußfolgerung, daß der Krieg unvermeidlich ist, daß die Menschheit zum Untergang verurteilt ist, daß wir uns in der Gewalt von Kräften befinden, die wir nicht kontrollieren können. Wir brauchen diese Ansicht nicht zu akzeptieren. Unsere Probleme sind von Menschen geschaffen; deshalb können sie auch von Menschen gelöst werden ...

Wir sind durch Allianzen an viele Nationen gebunden. Diese Bündnisse bestehen, weil ihre und unsere Sorgen sich in wesentlichen Decken. Unsere Verpflichtung, Westeuropa und Westberlin zu verteidigen, zum Beispiel, steht nach wie vor unverändert, weil unsere lebenswichtigen Interessen die gleichen sind. Die Vereinigten Staaten werden sich mit der Sowjetunion nicht auf Kosten anderer Nationen und anderer Völker arrangieren, nicht nur, weil sie unsere Partner sind, sondern weil ihre Interessen und die unsrigen übereinstimmen."

Die Gegenüberstellung dieser Zitate zeigt, daß unsere Sorgen beim amerikanischen Präsidenten in guter Hut sind. Er ringt um die Bewahrung und Festigung des Friedens, ist aber nicht bereit, dabei die Lebensinteressen seiner Freunde zu opfern. Die Kraft der Vereinigten Staaten von Amerika einschließlich ihrer militärischen Stärke ist die Grundlage für ein ernsthaftes Gespräch mit den weltpolitischen Gegenspieler. Sie ist nicht Selbstzweck. Stärke und Verhandlungsbereitschaft gehören für den Präsidenten zusammen. Zu dieser Stärke der westlichen Allianz leisten die Vereinigten Staaten den entscheidenden Beitrag. Aber auch sie können nicht allein auf sich gestellt Weltpolitik machen. So wahr es ist, daß die Macht der Vereinigten Staaten für den Schutz Europas unentbehrlich ist, so wahr ist es auch, daß die Beiträge der europäischen Verbündeten der Sicherheit aller Partner dienen und damit auch die Vereinigten Staaten von Amerika schützen. Diese "Interdependenz" ist das beherrschende Kennzeichen der atlantischen Gemeinschaft geworden.

18. Juni 1963

Die sowjetische Politik versucht, Differenzen im westlichen Lager zu ihren Gunsten auszunutzen. Wer sich im politischen Kräftespiel, auch am Verhandlungstisch, der Sowjetunion gegenüber behaupten und unsere Probleme im Sinne der Erringung des Selbstbestimmungsrechtes für das ganze deutsche Volk fördern will, der muß das westliche Haus in Ordnung bringen, die Differenzen in der Allianz überwinden und die Allianz wieder zur Führung einer einheitlichen, klaren Politik befähigen. Das verlangt den guten Willen und das Mitdenken aller Partner.

Oft ist gegenüber den früheren amerikanischen Regierungen der Mangel an Führerschaft der stärksten Macht des Westens beklagt worden. Die Regierung Kennedy ist zu dieser Führerschaft bereit. Die amerikanische Regierung wünscht aber nicht Satelliten zu kommandieren, sondern im Kreis von Verbündeten Führungsimpulse zu geben. Es wäre gut, wenn dieser Wunsch auch immer in der Behandlung delikater politischer Fragen durch amerikanische Regierungsstellen erkennbar würde.

Die Verbündeten müssen zu fruchtbarem Mitwirken bereit sein. Der große Ost-West-Dialog kann von den USA nur dann mit Aussicht auf Erfolg für uns alle geführt werden, wenn alle europäischen Partner sich an der Ausformung dieser Politik aktiv beteiligen. Deshalb muß unser Land nicht nur mitdenken, wenn es um die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen geht, sondern auch dann, wenn es in zähem Ringen darum geht, Schritt für Schritt dem lebensbedrohenden und kostbare Kräfte verzehrenden Wettläufen Bremsen anzusetzen.

Der junge Präsident weiß, daß das westliche Haus nicht nur in sich einig, sondern auch modern und unserer Zeit angepaßt sein muß. Er führt in seinem eigenen Lande einen zähnen Kampf um wirtschaftliche Stabilität, mehr soziale Sicherheit und um die Gleichberechtigung aller Bürger. Er weiß, daß die noch nicht vollzogene Integration der farbigen Bürger der Vereinigten Staaten in die amerikanische Gesellschaft und der Rückstand der Erziehung gerade für diesen Bevölkerungsteil die Politik der Vereinigten Staaten daheim und der Umwelt gegenüber belasten. Er kann sicher sein, daß unser Volk mit großer Sympathie die energischen Bemühungen verfolgt, auch dieses schwierige von der amerikanischen Geschichte gestellte Problem erfolgreich zu lösen.

Am 4. Juli 1962 hat Kennedy dem freien Europa die volle Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika angeboten. Das wird sich erst dann auswirken können, wenn sich die europäischen Partner konsolidiert haben. Ohne die Hereinnahme Großbritanniens und anderer beitragswilliger Länder in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, ohne die weitere politische Festigung dieser Gemeinschaft und eine enge Gestaltung ihrer Beziehungen zu den anderen Ländern des freien Europa wird es diesen Partner nicht geben. Ein so gestärkter europäischer Partner wird imstande sein, noch mehr als bisher für den Kampf gegen den Hunger in der übrigen Welt zu tun, und zusammen mit dem amerikanischen Partner anderen Völkern den Weg zur Selbsthilfe zu erleichtern.

Mit Kennedy und seiner Mannschaft ist in Amerika eine neue Generation in die Führung gelangt. Wir in Europa müssen dafür sorgen, daß von uns aus das Gespräch auf der entsprechenden Wellenlänge geführt werden kann. Wir müssen uns davor hüten, in die Innenpolitik anderer Länder hineingezogen zu werden. Bündnisse und Freundschaften sind nur von Bestand, wenn sie nicht nur zwischen den Regierungen gelten, sondern auch die Völker erfassen. Präsident Kennedy kann sicher sein, daß er beim Besuch unseres Landes Sympathie für das amerikanische Volk und für den Menschen John F. Kennedy findet.

Konsequenzen, die noch zu ziehen sind

Zum 10. Jahrestag des Juniaufstandes

Von Stephen Thomas, Leiter des Ostbüros der SPD

Die machtvollen Kundgebungen am 10. Jahrestag des Juni-Aufstandes haben gezeigt, daß die revolutionären Ereignisse jener Tage vom deutschen Volk verstanden und in ihrer geschichtlichen Bedeutung wirksam gebil- den sind. In den Aufrufen des Bundespräsidenten, der Bundesregierung und der Parteien, in den Erklärungen der Gewerkschaften und Organisati- onen präsentiert sich ein unüberhörbarer Wille der Nation zur Wiederver- einigung. So wird der 17. Juni 1963 in seinem Ablauf manche Folgen ha- ben, unmittelbare und solche, die man als Fernwirkungen bezeichnen kann. Ein wichtiger Aspekt ist die Frage nach den Konsequenzen in der sowje- tischen Führungsspitze bei der Beurteilung des Aufstandes damals vor zehn Jahren und heute im Jahre 1963.

In Moskau hat man 1953 die politische Bedeutung des Aufstandes ge- gen das Ulbrichtregime nicht unterschätzt: An der westlichen Peripherie des sowjetischen Machtblocks, nur wenige Wochen nach Stalins Tod, bricht ein Aufstand aus, spontan, mit der Gewalt einer sozialen und nationalen Revolution. Er beginnt mit dem Protest gegen die soziale Ungerechtig- keit und endet in einem revolutionären Aufstand gegen die vorhabende Fremdherrschaft Ulbrichts und seiner Clique. Die Führungsspitze der SED spaltet sich, eine mächtige Fronde steht im Politbüro gegen den Mann auf, der identisch ist mit dem Regime und seinem Bankrott: Ulbricht. Die Frondeure werden gestützt von Berija, der im Präsidium der KPdSU für Deutschland verantwortlich ist. Ihre Argumente basieren auf der Zwi- fang des Zusammenbruchs der bisherigen sowjetischen Deutschlandpolitik. "Es ist das Urteil der Geschichte gegen den Versuch, in geteilten Deutschland das sowjetische Experiment durchzuführen. Dieses Experiment ist in Deutschland gescheitert." So formuliert Herrstadt im Politbüro seine Anklage gegen Ulbricht, der das willfährige Instrument der stalinistischen Politik von 1945 bis zum Bankrott im Juni 1953 war. Das Drama des gleichzeitigen Machtkampfes in Moskau mit der Liquidierung Berijas entscheidet das Schicksal der Frondeure und rettet Ulbricht. So endet der erste Akt des Aufstandes auf der sowjetischen Machtbühne.

Wie sieht die Bilanz zehn Jahre danach aus? Wie präsentiert sich das Deutschlandbild heute in Moskau? Die Fortsetzung des stalinistischen Kurses führte zu neuen Niederlagen und schließlich zum ärgerlichen Zusam- menbruch. Die Mauer vom 13. August 1961 wird zum geschichtlichen Symbol des erneuten Scheiterns des sowjetischen Experiments, das Chruschtschow glaubte nach Stalin mit Ulbricht fortsetzen zu können.

Zehn Jahre danach, in den Junitagen des Jahres 1963, drängen sich Fragen auf, die dringend auf Beantwortung warten. Wäre es nicht an der Zeit, in Moskau angesichts der vorliegenden geschichtlichen Evidenz die Grundlagen der sowjetischen Deutschlandpolitik zu überprüfen? Ist es nicht an der Zeit, sich aus dem eigenen ideologischen Selbstverständnis und den vertrauten Denkkategorien des sowjetischen Machtsystems klarzu- machen, warum das sowjetische Experiment in Deutschland nicht gelingen kann? Woraus resultiert der Widerspruch zwischen den politischen Herr- schaftsformen des von der UdSSR auf die Zone übertragenen Überbaus und der gesellschaftlichen Basiskräfte in Deutschland? Aus dieser Frage- stellung ergibt sich zwangsläufig die realistische Folgerung, daß die Fortsetzung des bisherigen Kurses in der sowjetischen Deutschlandpoli- tik in unserer Zeit, im Jahre 1963, zu einer Gefahr für den inneren Frieden des Sowjetblocks und für den Frieden in der Welt werden kann.

Kann endlich will Chruschtschow in der sowjetischen Deutschlandpolitik realistische und pragmatische Konsequenzen ziehen, die der Beginn einer Normalisierung in den Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion werden könnten und damit ein wichtiger Faktor für den Beginn einer neuen Epoche?

Herrnstadt sprach im Sinne Hegels vom "Urteil der Geschichte", das die Menschen der Zone mit ihrem Opfergang im Juni 1953 ausgesprochen haben. Zehn Jahre später harret dieser Urteilsspruch noch immer seiner Vollstreckung. Er kann vollstreckt werden, wenn wir in der Bundesrepublik in einer gesamtdeutschen Bewährung durch das, was wir tun, und nicht durch das, worüber wir nur reden, jene gesamtdeutsche Kraft hervorbringen, die den sowjetischen Machtsstrategen die Tatbestände der deutschen Wirklichkeit erkennen läßt. Die Menschen der Zone haben von 1945 bis heute den Beweis für den Widersinn des sowjetischen Deutschlandexperiments erbracht. Es liegt jetzt an uns, die entscheidende Kraft zu schaffen, diesen Beweis sinnvoll zu nutzen. Diese geschichtliche Chance ist der ontologische Aspekt unserer nationalen Tragödie, die man am 10. Jahrestag des Zonenaufstandes nicht sortgfällig genug werten muß.

* * *

Wettkampf im Weltall

Nun auch eine Frau dabei

sp - Zwei Bürger der Sowjetunion, die 26-jährige Walentina Wladiwirowna Tereschkowa und der 28-jährige Oberstleutnant Walerij Bykowski, umkreisen in Raumkapseln den Erdball, sprechen miteinander, senden ihre Beobachtungen zur Erde, und zur Stunde weiß niemand, wann sie wieder auf festem Boden landen werden. Dies ist wiederum ein großer Erfolg der sowjetischen Astronautik und ihn zu bemängeln, ihm die Bewunderung zu verweigern, steht wohl nur Kleinlichen Geistern an. Offensichtlich legen die Sowjets schon aus propagandistischen Gründen Wert darauf, ihren Vorsprung auf dem Gebiet der Astronautik zu behalten, um so die Überlegenheit ihres Systems zu demonstrieren. Der Wettkampf beider Giganten, der USA und der Sowjetunion, um die Führungsposition in der Welt greift nun ins Weltall über und ungeheure Summen werden darin investiert. Der Tag, da es Menschen gelingen wird, auf dem Mond und anderen Planeten zu landen liegt nicht mehr in fernher Zukunft. Freilich muß man fragen: liegt die Zukunft und das Wohl der Menschheit auf dem Mond, gibt es nicht noch größere und heilbringendere Aufgaben für den Menschen auf Erden zu erfüllen?

Für die zwei Drittel der Erbevölkerung, die unter oder knapp an der Grenze des Existenzminimums leben, rag es gleichgültig sein, ob ein Russe oder ein Amerikaner als erster die Kraterlandschaft des Mondes betritt. Sie hegen Sorgen ganz anderer Art. Hunger, Krankheiten, Unwissenheit und früher Tod bringen Hunderte von Millionen um ihre Lebenserwartungen. Solange diese Geißel die Menschheit heimsuchen, die Kontinente in Jähren halten und eine auf gesichertes Lebensrecht ruhende Völker- und Friedensordnung noch nicht in Sichtweite ist, kann man der Astronautenflüge nicht recht froh werden. Sie vermögen zwar das Selbstgefühl der Staaten, die sie veranstalten, zu steigern, entfachen den Ehrgeiz zu noch größeren Taten, lassen aber auch die Klüfte erkennen, die zwischen dem Streben der Menschen, das Weltall zu erobern, und seiner Unfähigkeit, dem Elend auf der Erde Herr zu werden, besteht. Größtenteils des menschlichen Geistes auf diesen Gebieten stehen noch aus.

18. Juni 1963

Das Treffen der Ostpreussen

Kein Revanchismus - aber unauslöschliche Liebe zu
Heimat und Frieden

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Man muß sie gesehen und mit ihnen gesprochen haben, die Ostpreussen in Düsseldorf. Rund eine Viertelmillion Menschen aus der östlichsten Provinz des ehemaligen Preussen hatten den Weg zu ihrer Vaterstadt Düsseldorf gefunden, vom Willen beseelt, die Welt auf Unrecht, Willkür, Schmach und Schande aufmerksam zu machen, die zu ihrer Vertreibung geführt haben. Man mußte es einmal der Weltöffentlichkeit sagen, daß diese Menschen, die bereits 16 Jahre lang fern der Heimat leben müssen und ihre Vorfahren seit Jahrhunderten gute Nachbarschaft mit allen Völkern an ihrer Grenze gehalten und bereits vor der Entdeckung Amerikas als duldsames, friedfertiges Volk ohne Expansionsdrang ein Leben in Selbstzucht, Ordnungsliebe und Pflichten-Erfüllung geführt haben. Das ist eine historische Wahrheit, die niemand, der guten Willens ist, bestreiten kann. In den Herzen dieser Menschen gab es in der Vergangenheit und gibt es auch heute keinen Revanchismus. Aber sie liebten immer die Freiheit, die sie auch den anderen Völkern jenseits ihrer Grenzen zubilligten.

Kein Frieden ohne Freiheit

Aus ihrer Heimat stammt einer der größten Philosophen aller Zeiten, Immanuel Kant, und unter ihnen und in ihrem Land entstand eines seiner zeitlosen Werke: "Von ewigen Frieden". Der Friede und die Freiheit der Menschen sind untrennbar verbunden. Ein Prinzip kann ohne das andere nicht existieren, und es ist ein fundamentaler und sogar gefährlicher Irrtum, wenn manche Staatsmänner oder Publizisten glauben, sich auf die Dauer an dieser Tatsache vorbeimanövrieren zu können.

Genau so unreal ist die Auffassung mancher Menschen, die da glauben, die festumrissenen Begriffe von Frieden und Freiheit nach ihrem Geschmack manipulieren zu dürfen. Frieden ist nicht möglich auf die Dauer, ohne daß das gesamte Volk mit einer freigewählten Regierung an der Spitze ihn garantiert, und Freiheit ist nicht möglich, ohne daß der Einzelne sich im Staate verantwortlich für die Allgemeinheit, und der einzelne Staat sich verantwortlich für seine Nachbarn fühlt.

Die Ostpreussen haben auch nach 1945 für die Demokratie votiert und sind trotz aller Erbitterung nicht einem, von manchen Staatsführern gern gesehenen, aber unfruchtbaren Radikalismus zum Opfer gefallen. Ihr Verhalten in der Bundesrepublik in den verfloßenen 18 Jahren hat eindeutig bewiesen, daß sie sich verantwortlich für die Freiheit der Bundesrepublik fühlen. Trotz der Wunden in ihren Herzen, die durch Vertreibung, Tod so vieler Angehöriger und durch Verlust von Hab und Gut entstanden und noch immer nicht vernarbt sind, bekräftigen sie immer wieder den Wunsch nach Frieden und Heimat, aber auch ihre Forderungen nach Selbstbestimmung und nach ihrem Recht auf Freiheit, wie sie in der Charta der UN, dem Grundgesetz der Bundesrepublik und der selbst beschlossenen Charta der Vertriebenen festgelegt sind, aber noch nicht allgemeine Verbindlichkeit gemessen und vor allen Dingen den Deutschen vorbehalten werden.

Diesen Einsatz für Recht, Selbstbestimmung und Freiheit mit Revanchismus oder Kriegslüsterheit zu verwechseln, ist nicht nur ein Trugschluß oder gar eine gewollte Verdrehung von Tatsachen, sondern eine Unmenschlichkeit und eine Gefahr für diese, für alle Völker der Welt geltenden Prinzipien. Da war gut zu hören, daß die Ostpreußen ohne Einschränkung für Meinungs- und Gesinnungsfreiheit eintreten. (Sprecher Dr. Gille) Sie können es umso mehr, als sie eine gerechte Sache vertreten und oft bewies der spontane Beifall bei einzelnen Sätzen der Grußbotschaften oder der Reden, daß sie gewillt sind, diese Haltung auch in Zukunft einzunehmen.

Der schwierigste Weg

Gewiß ist der Weg zur Rückkehr in die Heimat gerade für die Ostpreußen am schwierigsten, da ihr Land zwei Fremden Mächte untersteht: der polnischen und der sowjetischen Herrschaft. Das Beispiel der territorialen Regelungen im Westen hat aber deutlich gezeigt, daß dort, wo die Prinzipien der Freiheit und Selbstbestimmung Gültigkeit haben, eine friedliche Regelung, die beide Teile befriedigt, getroffen werden und die Vertragsschließenden sogar in Freundschaft verbinden kann. Eine Verständigung mit Polen und der Sowjetunion ist nötig, um den Ostpreußen zu helfen. (v. Hassel) Sie muß gesucht und gefunden werden. Das Ziel der Ostpreußen ist ein Ziel der Vernunft: sie alle Völker - geographisch gesehen - umfassendes Europa, aufgebaut ohne Haß auf Grund der Selbstbestimmung, des gegenseitigen Verstehens und gegenseitiger Achtung, ohne den Keim zu neuen blutigen Auseinandersetzungen.

Gute Nachbarschaft mit allen Völkern

Man darf aber andererseits auch nicht vergessen, daß noch andere Konflikte die Welt bedrohen und der Zwang kommunistischer Regierungen auf vielen Völkern lastet. Die friedliche Auseinandersetzung zwischen Staaten der freien Welt und denen des Kommunismus wird um so leichter sein, je einmütiger und eindeutiger der Wille der freien Welt zum Ausdruck gebracht wird. Den Machthabern im Kream muß völlig klar werden, daß die ganze freie Welt, ohne Einschränkung auch für die Deutschen, das Selbstbestimmungsrecht fordert und durchsetzen will. Unklarheiten bei den Staaten der freien Welt oder gar bei den Deutschen selbst verhärten die Fronten, zögern eine friedliche und freiheitliche Entscheidung nur hinaus und stärken die Macht des Kommunismus über viele Völker der Erde.

Die in Düsseldorf anwesenden Ostpreußen wissen um diese Zusammenhänge, und es war symptomatisch, wenn die 250.000 bei solchen Sätzen stark und anhaltend applaudierten: "Für die Sozialdemokratische Partei steht das Recht der Selbstbestimmung an der Spitze aller Forderungen. Für die Nation setzt das Selbstbestimmungsrecht für sich durch, die sich selber als Nation behauptet und dieses Recht für alle Völker anerkennt" (Ollenauer, Brandt, Wehner), "Rechtschaffenheit und Rechtlichkeit sind unsere Tugenden" (Rehs, MdB), "Ich stelle mich an die Seite der Heimatvertriebenen" (Wehner).

Die Ostpreußen glauben und hoffen fest, daß ein Beharren auf den aufgezeigten Grundsätzen zum Erfolg führen wird: zu einer Welt in Frieden, zu einer in guter Nachbarschaft lebenden Europa und zu einem Ostpreußen "deutsch und frei".